

Zeitenwende – ein Blick zwischen den Jahren

Digitale Transformation zwischen ‚Modernisierung im Bestand‘ und dem Design einer neuen Ordnung

THOMAS SCHAUF

Die Zeit zwischen den Jahren hat oftmals etwas verwünschenes. Schon die alten Ägypter kannten diese Zeit und auch die christliche Zeitrechnung hatte eine solche Zeitspanne zwischen den Jahren. Auch wenn spätestens durch Papst Innozenz XII mit dem 31.12. der noch bei uns heute gültige Jahresabschluss definiert wurde¹, sind die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr noch heute die sprichwörtliche Zeit zwischen den Jahren und für viele ein längerer Moment des Innehaltens und auch Nachdenkens. Viele blicken auf die persönlichen Ereignisse des scheidenden Jahres zurück und formulieren Wünsche sowie Vorsätze für das neue Jahr.

Was man für sich im Kleinen tut, liest man auch in den großen Tageszeitungen für die übergeordnete politische Einschätzung. So überschreibt Herbert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 28./29. Dezember 2019 einen Kommentar mit „Zukunft – Das Jahresgefühl 2019 ist nicht wohligh, sondern bang: Es ist ein Gefühl diffuser Unsicherheit. Was kann man tun?“² Und in der Tat beschleicht einen zumindest das mulmige Gefühl, dass die Welt und damit auch das Leben in Deutschland nicht rund läuft. Und es ist nicht nur ein Jahreswechsel – es ist gar der Wechsel in ein neues Jahrzehnt. Manch einer strengt gar Vergleiche mit den goldenen zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an; auch, um direkt eine apokalyptische Prophezeiung in die Jetztzeit mitzuschicken. Sicherlich sind zunehmende nationalistische Tendenzen schnell und einfach in einem Vergleich verpackt und mit düsteren Prognosen versehen. Und dennoch weigere ich mich, daraus ein faktisches Kontinuum abzuleiten. Denn dann bräuchten wir uns um die Zukunft nicht mehr bemühen – sie wäre zumindest für die jetzt lebenden Generationen verloren.

Dennoch hilft ein Blick zurück bei der Standortbestimmung. Mit dem Jahreswechsel wird das erste Fünftel des 21. Jahrhunderts Geschichte und wir müssen uns die einordnende Frage stellen, was diese Zeit prägte. Zunächst kann man feststellen, dass es oft anders kommt, als man gemeinhin befürchtet. So ist mit dem Jahrtausendwechsel die Welt nicht zum Stillstand gekommen. Der postsozialistische Diskurs führte bereits in den 1990er Jahren zu einer Hegemonie des Neoliberalismus.³ Francis Fukuyama beschwor 1989 gar das Ende der Geschichte⁴. Was er in diesem Jahr in einem Artikel noch mit einem Fragezeichen versehen hatte, mündete drei Jahre später gar in einem ganzen Buch über die These, dass sich nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion das liberal-demokratische Ordnungsmodell durchgesetzt habe. Seine Thesen blieben im wissenschaftlichen Diskurs nicht unwidersprochen und spätestens der 11. September 2001 führte abrupt auch in der politisch interessierten Öffentlichkeit zu einem neuen politischen Weltdiskurs. Die Utopie eines neuen globalen Friedens, die nach dem Zusammenfall des Ostblocks nicht selten in den Köpfen der Mächtigen verding, zerbrach spätestens mit dem Einsturz der Twin-Tower in New York. Auch

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Zwischen_den_Jahren (abgerufen am 30.12.2019)

² Anders als in der Printausgabe, ist die Online-Version mit „Angst vor der Zukunft“ überschrieben (Prantl, Heribert (2019)).

³ Ther, Philipp (2019), S. 21.

⁴ Fukuyama, Francis (1989).

Fukuyama musste seine These revidieren und plädierte 2008 in der Washington Post für eine differenzierende Sicht auf die Entwicklungen:

We need a much more nuanced conceptual framework for understanding the non-democratic world if we are not to become prisoners of an imagined past. And we shouldn't get excessively discouraged about the strength of our own ideas [...].“⁵

Er wendet damit den Blick nicht nur auf den terroristischen Islamismus, sondern auch auf die erstarkenden autokratischen Regime, wie bspw. in China. Diese Entwicklung wäre aus unserer westlichen Sicht weniger dramatisch, würden wir ihr starke liberale Demokratien entgegensetzen können. Historisch gesehen ist die Entwicklung der Demokratien westlicher Prägung eng mit der Entwicklung des Kapitalismus verbunden. Heute bilden „die freie und soziale Marktwirtschaft sowie die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie die beiden Grundpfeiler einer freien Gesellschaft [...]. Beides, die freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie wie auch die freie Marktwirtschaft erfordert die Einhaltung fester ordnungspolitischer Regeln, damit die Basis freier Gesellschaften erhalten bleibt und sich fortentwickeln kann. Nur auf dieser Grundlage lässt sich auch das notwendige Vertrauen bilden.“⁶ Vertrauen in die Fähigkeit der Regierenden erscheint als zentrales, wie grundlegendes Momentum der Legitimität der Herrschenden. „Die Herrschaftsunterworfenen müssen Herrschaft als ‚rechters‘ anerkennen.“⁷

Dieses Vertrauen in die Rechtstaatlichkeit als Garant von Privatheit und Schutz der Freiheitsrechte scheint in Teilen abhandengekommen zu sein oder aber ist zumindest erschüttert. Daraus ergibt sich auch eine zunehmende Krise der Demokratie. Zumindest Teile westlicher Gesellschaften zweifeln daran, ob demokratisch organisierte Systeme in der Lage sind, relevante Herausforderungen, wie etwa Fragen der Nachhaltigkeit, Ungleichheit, aber auch gemeinsame Identitäten⁸, zu meistern. Dabei gibt es einen gewissen Teufelskreis zu beachten. Parteien als Organisator des politischen Willensbildungsprozess sind in repräsentativen Demokratien darauf angewiesen, dass sie möglichst breite Bevölkerungsschichten ansprechen und letztlich auch binden. Dies führt zu einer zunehmenden Verblässung Ihrer Programmatik.⁹ Gerade staatstragende Parteien geraten dadurch in einen Strudel der Beliebigkeit und auch die Problemlösungskompetenz nimmt ab, da man v.a. bei unpopulären Entscheidungen die Unterstützung der eigenen Wählerschaft riskiert. Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass liberale ökonomische Ordnungen von Verteilungsproblemen, sowohl im staatlichen Binnenverhältnis als auch in internationaler Perspektive, gezeichnet sind und keine Verteilungsgerechtigkeit sicherstellen können.

⁵ Fukuyama, Francis (2008)

⁶ Franke, Siegfried (2017), S. 13.

⁷ Thiery, Peter (1996), S. 209.

⁸ „Jede demokratisch verfasste Gemeinschaft braucht Bürgerinnen und Bürger, die sich mit ihr identifizieren, sich ihr zugehörig fühlen. Nur so vertrauen sie sich in Freiheit und in den rechtsstaatlichen Grenzen dem Mehrheitsentscheid an.“ (Schäuble, Wolfgang (2019))

⁹ Vgl. Eisermann, Gottfried (1977), S. 67f.

Spätestens mit der Finanzkrise 2007/2008 wurde eine größtenteils noch vorhandene Marktgläubigkeit grundlegend und flächendeckend erschüttert.¹⁰ „Wer heute noch ‚Mehr Kapitalismus wagen‘ möchte, löst vor allem Kopfschütteln aus. Unter diesem Titel veröffentlichte [...] Friedrich Merz im Oktober 2008 sein ‚visionäres‘ Buch – am gleichen Tag, an dem die Bundesregierung ein hundert Milliarden Euro schweres Rettungspaket für die Banken verkündet hatte.“¹¹

Aus diesem Problemkonglomerat der liberalen Ordnung ergibt sich ein scheinbar unauflösbares Spannungsfeld zwischen jenen, die eine globale Wohlfahrtsperspektive einnehmen und jenen, die eine eher nationale Fokussierung vollziehen. Dies ist nicht erst seit der Wahl Trumps zum US-Präsidenten, dem Erstarken der Rechten in Europa oder in Lateinamerika oder seit der von v.a. Greta Thunberg ausgelösten Klimadebatte erkennbar, sondern dem Grunde nach schon mit der Ölkrise der 1970er Jahre. Das Aufkommen der Ökologiebewegung und der ‚neuen sozialen Bewegungen‘¹² sowie ihre Manifestation bspw. durch die Gründung der Grünen im Jahr 1980 sind ein entsprechender Indikator. Demgegenüber standen und stehen auch immer solche Strömungen, die einen gewissen Zustand konservieren oder aber wiederherstellen wollen. Zurückkommend auf den Eingang dieses Essays greife ich an dieser Stelle Prantls Beobachtung auf, dass „der alte Glaube daran, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sich, und sei es langsam, weiterentwickeln [implodiert]. [...] Das Jahresendgefühl 2019 ist nicht wohligh, sondern bang. Es ist das Gefühl diffuser existenzieller Unsicherheiten.“¹³

Es erscheint unstrittig zu sein, dass wir uns seit einigen Jahren oder gar Jahrzehnten in einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs befinden. Egal von welcher politischen Perspektive man den Ist-Zustand analysiert, ein ‚weiter so‘ scheidet aus; zum einen aufgrund der gegenwärtigen Unvereinbarkeit der Positionen und zum anderen aufgrund der Dimension v.a. globaler Herausforderungen (bspw. Nachhaltigkeit) bzw. solcher Herausforderungen im globalen Kontext (bspw. digitale Souveränität). Die sich momentan vollziehenden Veränderungen sind „Umbrüche in den materiellen wie ideellen Bedingungen der Produktion, in den technisch-technologischen Grundlagen, den ökonomischen und sozialen Verhältnissen usw., Wandlungsprozesse, welche die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes betreffen, ihren Charakter, ihre Struktur, ihre Dynamik, Entwicklungsrichtung usf., und wo letztlich alle Bereiche und Sphären erfasst werden.“¹⁴

Unabhängig davon, ob die Veränderungen letztlich revolutionäre Umbrüche darstellen oder eher evolutionären Charakter haben werden, ist für diese Übergangsphase der Begriff Transformation sicherlich passend.¹⁵ Vom lateinischen transformare (=umformen) abgeleitet, bezieht sich „Transformation [in diesem Kontext hier] als Umformung und Wechsel [...] sowohl

¹⁰ Vgl. Thielemann, Ulrich (2010), S. 13.

¹¹ Ebd., S. 14.

¹² Dazu u.a. Rucht, Dieter (1994).

¹³ Prantl, Heribert (2019)

¹⁴ Busch, Ulrich (2017), S. 137.

¹⁵ Ebd.

auf den politischen wie den wirtschaftlichen als auch den kulturellen Bereich.“¹⁶ An der Stelle muss kurz auf Karl Polanyi, dessen Hauptwerk „The Great Transformation“¹⁷ eine wegweisende transformationstheoretische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungsprozessen darstellt, Bezug genommen werden. „Betrifft die transformative Umwälzung die Totalität einer Gesellschaft und den Wechsel ihrer Ordnung, so spricht man in Anlehnung an Karl Polanyi [...] von einer ‚Great Transformation‘. Dies ist durchaus wörtlich zu nehmen: Eine ‚große‘ Transformation ist ein vielgestaltiger, langwieriger, widersprüchlicher und multikausal determinierter Umbruch [...]“¹⁸

Aber befinden wir uns gegenwärtig in einer solchen Phase des epochalen Wandels? Eine neuerliche große Transformation müsste eine humanere und effizientere Ordnung zum Ziel haben und zu postkapitalistischen sozialen Verhältnissen führen¹⁹, sonst wäre es wohl nicht der Mühe und auch Krisen wert, die oftmals in Form von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleitet werden. Es kommt dabei, und davon ging bereits Friedrich Engels aus, primär darauf an, wie in einer neuen Ordnung die ökonomischen Bedingungen ausgestaltet sind²⁰.

„Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische etc. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch aufeinander und auf die ökonomische Basis. [...] Es ist [eine] Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz stets sich durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit. [...] Es ist [...] nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu, auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflusst werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden, allein zum Verständnis führen-den roten Faden bilden.“²¹

D.h. jegliche Utopie einer (notwendigen) neuen Gesellschaftsordnung wird die Kernfrage des Wirtschaftens beantworten müssen. Konkret wird es darum gehen müssen, ob es zu einer

¹⁶ Reißig, Rolf (2009), S. 34.

¹⁷ Vgl. Polanyi, Karl (1944).

¹⁸ Busch, Ulrich (2017), S. 138.

¹⁹ Vgl. ebd., S. 140.

²⁰ Ulrich Busch skizziert in seinem Essay „Digitaler Kapitalismus oder postkapitalistische Gesellschaft?“ fünf Indikatoren für eine große Transformation:

1. Grundlegend neuartige Produktions- und Lebensweise,
2. Neue Produktionsinstrumente und -formen,
3. Neuregelung der gesellschaftlichen Verhältnisse,
4. Andere Wahrnehmung der Natur und neues Selbstverständnis der Menschen,
5. Aufkommen einer neuen Kultur.

(Vgl. Busch, Ulrich (2017), S. 139).

²¹ Engels, Friedrich (1894), S.206.

„Revolutionierung der Produktionsweise [kommt]. Und dazu bedarf es eines fundamentalen Innovationsschubs, einer Produktivkräfterevolution.“²²

Zu Beginn des dritten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts stellt sich mir die Frage, ob die mit der Digitalen Transformation verbundenen Innovationen von solch eruptiver Dynamik sind bzw. sein sollten, oder besser eher i.S. von Joseph Schumpeters konzeptionierten schöpferischen Zerstörung²³ verlaufen sollten. Dieses Konzept erscheint heutzutage mit (gefühl) zunehmenden disruptiven Innovationen nicht nur in Mode zu sein, sondern gleichsam vitalisierendes Moment des im Grunde global funktionierenden kapitalistischen Ordnungsprinzips.²⁴ Die wissenschaftliche Debatte zur Tragweite²⁵ der digitalen Transformation lässt sich kurz und knapp zusammenfassen: Man weiß es nicht!

Aber auch wenn die Digitalisierung selbst nicht die von einigen ersehnte fundamentale Umwälzung der Welt bedeutet²⁶, besitzt die Digitalisierung dennoch schon jetzt ein nicht zu verleugnendes revolutionierendes, wie transformatives Moment. Ohne auf einzelne Digital-Technologien im Detail einzugehen, kommt es mit zunehmender Digitalisierung und Autonomisierung zu einer fortschreitenden Entkopplung der Wertschöpfung vom Wertschöpfenden. „Durch die Ersetzung von Arbeit durch Maschinen wandelt sich das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft“²⁷ zunehmend. Die Gefahr eines sich weiter verstetigenden Beschäftigungsprekariat ist evident, sofern an der gegenwärtigen Rationalität (Lohnzahlung als Ersatzleistung für Werkätigkeit) nicht im Sinne einer gerechteren Verteilung der Wertschöpfung gearbeitet wird.²⁸

Wenngleich es im Zuge der Digitalisierung unbestritten zu Transformationsprozessen kommt, sind es wohl nicht solche, „die über die kapitalistische Ordnung hinausweisen.“²⁹ Vielmehr steht zu erwarten, dass sich ein neuer Kapitalismustyp entwickelt, „den eines digitalen Kapitalismus.“³⁰

„Der Kapitalismus produziert immensen Wohlstand, aber gleichzeitig vergrößert er den Abstand zwischen Arm und Reich. Es herrscht Überfluss, aber in Krisen kann es plötzlich zu großer Not kommen. Geld entsteht »aus

²² Busch, Ulrich (2017), S. 141.

²³ Vgl. Schumpeter, Joseph (2005).

²⁴ Selbst China als kommunistisches Land agiert zumindest in ihrer Außenwirtschaftspolitik als kapitalistisches Land.

²⁵ Die Tragweite beschreibt den Spannungsbogen von einer Umwälzung von Produktionsverhältnissen im Rahmen der bestehenden Ordnung bis hin zu einer großen Transformation im Sinne Polanyis. Ein abschweifender Blick auf die Debatte zur Nachhaltigkeitstransformation lässt die Vermutung zu, dass die mit ihr einhergehende Protestbewegung ökonomische Aspekte vernachlässigt und damit in der öffentlichen Rezeption auf breiten Widerstand stößt.

²⁶ Vor allem größere Transformationsprozesse der Neuzeit sind in aller Regel nicht ohne gewaltsame Auseinandersetzungen vollzogen worden, weshalb eine große Transformation aufgrund der globalen Wirkmächtigkeit nicht zwingend als Wunschscenario angesehen werden kann.

²⁷ Busch, Ulrich (2017), S. 145.

²⁸ In diesem Kontext kann auf die Mindestlohndebatten und auch Diskussionen um sog. Digitalsteuern verwiesen werden.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd.

dem Nichts«, ist aber kein Nichts, sondern ein zentraler Machtfaktor, weil die Spekulation die Realwirtschaft aussaugt und erdrückt. Der Kapitalismus scheint das Gegenteil vom Staat zu sein, kann aber ohne den Staat gar nicht existieren.

Der Kapitalismus ist das einzige dynamische soziale System, das die Menschheit je hervorgebracht hat. Die Ökonomie sollte ihn erforschen, statt ihn aus ihrer Theorie zu verbannen.“³¹

Es war die aus dem Neoliberalismus entstammende Idee der sozialen Marktwirtschaft, die versucht hat, die Unwucht reiner kapitalistischer und marktgetriebener Systeme in den Griff zu bekommen. Für Walter Eucken, einer der wesentlichen Vordenker des Ordoliberalismus der Freiburger Schule, ist „anders als bei Marx nicht die Eigentumsfrage [am Kapital], sondern das wirtschaftliche Lenkungssystem der entscheidende Ansatzpunkt. [...] Der scharfen Ablehnung der Zentralverwaltungswirtschaft wegen der ihr innewohnenden Effizienzmängel und Machtkonzentration entspricht eine ebenso entschiedene Verwerfung der altliberalen Laissez-faire-Position, da eine sich selbst überlassene Wirtschaft zur Aufhebung des unbequemen Wettbewerbs, zu Vermachtung der Wirtschaft tendiere, mit negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen. [...] Die erforderliche Ordnungspolitik bedürfe eines starken, durchsetzungsfähigen Staates [...]“³² Zumindest im bundesrepublikanischen Diskurs ist in den vergangenen Jahrzehnten auch über Probleme diskutiert worden, die von der sozialen Marktwirtschaft nicht gelöst werden konnten. „Einen besonderen Stellenwert besitzt die Diskussion um das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, was einige Autoren auch zu der begrifflichen Erweiterung ‚öko-soziale‘ Marktwirtschaft veranlasst hat.“³³ Ein ähnlicher Gedankengang ist für die Fragen der digitalen Transformation noch nicht vollzogen worden.

An der Stelle schließt sich sinnbildlich der Kreis. Wie auf Seite 2 dargelegt, scheint das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zumindest in Teilen abhandengekommen zu sein. „Zu berücksichtigen ist [aber], dass der Handlungsspielraum für eine isolierte nationale Wirtschaftspolitik angesichts von verstärkter Europäisierung und Globalisierung stark geschrumpft ist.“³⁴

Damit erscheint die Notwendigkeit evident, dass es eines neuen Diskussionsansatzes für ein neues (wirtschafts-)politisches Leitbild bedarf. Im Sinne eines evolutionären Ansatzes wäre eine Transformation der sozialen Marktwirtschaft erforderlich, welche auch in der Lage ist global wirksame Steuerungswünsche (Nachhaltigkeit, soziale Sicherheit, etc.) zu inkorporieren. Als Basis einer Erneuerung der Legitimität des mit dem Wirtschaftsmodell verbundenen Demokratieprinzips wird man wohl auch nicht umhinkommen, dem Anspruch an eine eigene (nationale) Identität einen angemessenen Raum einzuräumen. Dieses in manchen Augen restaurative Moment erscheint angesichts der umgreifenden Verunsicherung notwendig. Gleichzeitig besteht die Chance darin, diesen Identitätsanspruch konstruktivistisch positiv aufzuladen. Dazu kann die Idee der Selbstbestimmtheit, also dem zunächst

³¹ Herrmann, Ulrike (2017), S. 241.

³² Andersen, Uwe (2003), S. 559.

³³ Ebd. S. 566.

³⁴ Ebd. S. 567.

grundlegenden Unabhängigkeit und Eigenständigkeit, dienen. Hierbei geht es im gesellschaftlich-demokratischen Sinne nicht um die von Jean-Jacques Rousseaus geprägte Volkssouveränität im engeren Sinne, sondern vielmehr um die Souveränität des Staates im Handeln gegenüber anderen Staaten.

Demgegenüber stehen enorme Interdependenzen, nicht nur zwischen Staaten, sondern auch zwischen anderen Akteuren, wie Unternehmen oder internationalen und multinationalen Organisationen. Eine Rückbesinnung auf die Selbstbestimmtheit würde aber zeitgleich auch bedeuten, dass die Globalisierung an seine Entwicklungsgrenze gekommen ist. Autarkie als Gegenmodell der Globalisierung erscheint aber auch nicht erstrebenswert, da gerade arbeitsteilige Prozesse auch auf einer globalen Ebene zu Wertschöpfung und relativem Wohlstand beigetragen haben. In Nordkorea kann man im umgekehrten beobachten, dass eine volkswirtschaftliche Abschottung zwar in der Theorie ein Ansatz der Selbstbestimmtheit darstellt, praktisch aber zu Isolation und damit desaströsen wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen führt.

Folgt man der These Polanyis, „einer Doppel- oder Pendelbewegung [...] zwischen dem Prinzip des sich selbst regulierenden freien Marktes und dem ‚sozialen Schutzbedürfnis‘ der Gesellschaft“³⁵, (müssen) solche Konstrukte entwickelt werden, die in der Lage sind, dem Schutzbedürfnis Rechnung zu tragen und gleichzeitig die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu sichern. Darin läge eine Abkehr von der Pendelbewegung, die nach Polanyi, sobald sie in Richtung Schutz geht „nach links mit dem Endpunkt des demokratischen Sozialismus oder nach rechts zum Faschismus“³⁶ ausschlagen kann.

Mit Blick auf die digitale Transformation erscheint es erforderlich, eine neue Axiomatik politischer Handlungsmaxime zu konstruieren und hinsichtlich der gesellschaftlichen Legitimität abzusichern. Anknüpfend auf die evolutorische Weiterentwicklungsnotwendigkeit der sozialen Marktwirtschaft (s. S. 6) werden wir ein vertieftes Verständnis der digitalen Souveränität entwickeln müssen.

„Digitale Souveränität ist unverzichtbare Voraussetzung für unabhängiges staatliches und wirtschaftliches Handeln. Sie begünstigt Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb, Agilität und die Fähigkeit, mit Risiken umgehen zu können. Digital souveräne Staaten und Organisationen können sich auf Grund geringerer Hersteller- oder Anbieterabhängigkeiten freier am Markt bedienen. Gleichzeitig ermöglicht digitale Souveränität, dass Unternehmen/Organisationen aufgrund niedrigerer Markteintrittsbarrieren selbst erfolgreicher als Anbieter in digitalen Ökosystemen agieren und somit Gestaltungs- und Innovationsspielräume erhalten können. Insgesamt können Systeme, Prozesse oder Interaktionen schneller angepasst, weiterentwickelt und im Bedarfsfall einfacher durch andere ersetzt werden.“³⁷

Wird digitale Souveränität als Wesensmerkmal einer neuen (digitalen, nachhaltigen, etc.) sozialen Marktwirtschaft verstanden und entwickelt, erwächst daraus auch die Chance,

³⁵ Ther, Philipp (2019), S. 18.

³⁶ Ebd.

³⁷ Digital Gipfel (2019), S. 6.

schneller auf Fehlanreize und sich entwickelnde Missstände zu reagieren. Damit bietet das Leitbild der digitalen Souveränität eine ungeheure Chance zur Gestaltung der digitalen Transformation. Dabei werden die Entwicklungen sog. plattformbasierter Ökosysteme näher zu betrachten sein, da diese zu die digitale Souveränität konterkarierenden Entwicklungen führen können.

„Die hinter dem Begriff ‚plattformbasierte Ökosysteme‘ stehende Definition digitaler Ökosysteme greift die Metapher natürlicher Ökosysteme als definierten Lebensraum vielfältiger Organismen und ihrer Umwelt auf. [...] Allen plattformbasierten Ökosystemen gemein ist, dass sie technologisch auf ‚Digitalen Plattformen‘ aufbauen. Diese unterstützen den sicheren und vertrauensvollen Abschluss von Transaktionen zur Bereitstellung, zum Erwerb oder zur Nutzung von Waren, Dienstleistungen, Inhalten, Informationen oder Daten zwischen Menschen und/oder technischen Systemen.“³⁸ Die technischen Eigenschaften und die dahinter liegenden plattformbasierter Ökosysteme verstärken die Gefahr der Marktmachtkonzentration einzelner Anbieter. Diesen Fehlentwicklungen, muss ähnlich in tradierten Marktumfeldern, begegnet werden. „Die globale Verteilung zeigt deutlich stärkere Konzentration von digitalen Plattformen in den USA und in Asien. Dies ist durchaus als Alarmsignal zu verstehen, zumal große Plattformen aufgrund verschiedener Effekte dazu neigen, dass sich ihr Wachstum weiter verstärkt und auch in andere Wirtschaftsdomänen vordringen.“³⁹

Aber mehr noch, stellt die digitale Transformation keine national oder regional abschottbare Entwicklung dar. Aufgrund ihrer Entwicklungsgeschichte basiert sie auf globalwirkenden technologischen Architekturen, die zunehmend von politischen Entscheidern als Machtinstrument verstanden werden. „Wie fast kein anderes Land treibt [bspw.] China in einer konzertierten Aktion von Regierung, Forschung, Unternehmen und Risikokapital die Digitalisierung seiner Industrie, Wirtschaft und Gesellschaft voran. Rasant geht der Umbau vor sich. Er ist einer der wichtigsten, wenn nicht `der` wichtigste Baustein der angestrebten industriellen Transformation, die die Volksrepublik an die Weltspitze führen soll. Bereits 2025 will man, so der Plan des Industriemodernisierungsprogramms `Made in China 2025`, vorne mitmischen und bis 2049 (100 Jahre nach Gründung der Volksrepublik) die Spitzengruppe anführen.“⁴⁰ Sieht man auf der anderen Seite den Entwicklungsvorsprung der Unternehmen aus den Vereinigten Staaten – man war schlichtweg Pionier der Digitalisierung und als Innovator gleichzeitig Bestimmter der Entwicklung – ist zu erkennen, welche Akzentuierung eine Fokussierung auf eine zu definierende digitale Souveränität nehmen muss.

Mit und durch sie ist eine strategische Politikentwicklung zu forcieren, die den sich abzeichnenden Systemwettbewerb Paroli bieten kann. Denn Thomas Beschorner, Miriam Meckel und Léa Steinacker „prognostizieren [...] einen neuen Systemwettbewerb, dessen Ausgang zwar offen ist, bei dem jedoch die totgesagte Planwirtschaft durch den Einsatz neuer technischer Möglichkeiten den demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften neue Konkurrenz machen könnte. [...] [Der chinesische Plan] kombiniert nicht nur staatspolitischen Autoritarismus mit marktwirtschaftlichen Elementen, wie wir es seit einigen Jahren

³⁸ Digital Gipfel (2019), S. 5.

³⁹ Ebd., S. 9.

⁴⁰ Abele, Corinne (2018).

beobachten können, sondern sieht auch vor, neue Formen gesellschaftlicher Steuerung durch den Einsatz modernster Informations- und Kommunikationstechnologien zu etablieren.“⁴¹

Erforderlich ist eine multipel ausgerichtete politische Strategie, wie sie heute allenfalls in Konturen zu erkennen ist.⁴² Diese muss zum einen in der Binnenlogik in der Lage sein, eine digitale Anschlussfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft an globale Technologieentwicklungen sicherzustellen und zum anderen, muss sie einen Ordnungsrahmen zeichnen, der in einem globalen Systemwettbewerb in der Lage ist, einen entwicklungs- und wettbewerbsfähigen Marktort entstehen zu lassen, der gleichzeitig hinsichtlich der notwendigen Legitimität identitätsstiftende Merkmale offeriert.

Bei der „Gretchenfrage 4.0“, wie sie Achim Grundwald zum Jahresende 2019 stellt, „geht [es] hier eben nicht einfach um Technik mit ihren Chancen und Risiken, ihren Innovationspotenzialen und Nebenfolgen. Vielmehr betrifft der Kern der Debatte uns selbst als Menschen, vor allem unser Menschenbild. Wer sind wir und wer wollen wir sein in einer zusehends technisierten Welt, in der KI [= Künstliche Intelligenz] uns immer mehr Tätigkeiten abnimmt und immer mehr besser kann als wir selbst? Wie stellen wir uns eine Zukunft mit jeder Menge KI vor, und wie soll eine solche Welt aussehen?“⁴³ Abstrahiert auf die Gesamtheit des Digitalen ergeben sich hieraus die Kernfragen einer ‚digitalen sozialen Marktwirtschaft.‘ Auch wenn es nicht das Design einer neuen Ordnung ist, erscheint schon die Modernisierung im Bestand als enorm herausfordernd. „Ganz konkret ist, frei nach Immanuel Kant, das Austreten aus der selbst verschuldeten Unmündigkeit des Nachplapperns technikdeterministischer Erzählungen angesagt.“⁴⁴

Wenn wir unsere Gesellschaft(en) befähigen wollen die Kernfrage, in welcher digitalen Welt, in welchem digitalisierten Wertesystem wir leben wollen, beantworten zu können oder zumindest kompetent an den Debatten teilhaben zu lassen, werden wir uns, wird sich Politik, sehr zeitnah mit einer umfassenden gesellschaftlichen Erschließung beschäftigen müssen. Es geht in erster Linie um einen umfassenden Kompetenzaufbau des Digitalen – auf allen Ebenen. Es geht bei politischen Entscheidungsträgern um die Fähigkeit, Entwicklungen in einen sozio-technischen Kontext stellen zu können, um daraus langfristig wirkende Entscheidungen abzuleiten und ordnungspolitische Strukturen zu schaffen.

Wollen wir unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung auch in einer post-digitalisierten Welt als Grundordnung bestehen sehen, ist die gesellschaftliche Erschließung Voraussetzung für eine gelingende digitale Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies wird uns auf allen Ebenen, von den Kindergärten bis in die Hochschulen weiter in die Betriebe, fordern. Und es wird auch Mut erfordern, unsere marktwirtschaftliche Ordnung weiterentwickeln zu wollen und dazu auch mit überkommenen Aspekten zu brechen.

⁴¹ Beschorner, Thomas/Meckel, Miriam/Steinacker, Léa (2019).

⁴² So gibt es ggw. allein auf bundespolitischer Ebene eine Vielzahl von Partikularstrategien einzelner Politikfelder. Die Herausforderungen der digitalen Souveränität ist erst in den letzten Monaten in das politische Bewusstsein gerückt und manifestiert sich gegenwärtig in der Debatte, ob man bestimmten Herstellern aus bestimmten Regionen den Aufbau von digitalen Infrastrukturen (hier 5G-Netze) verwehren oder ermöglichen sollte.

⁴³ Grundwald, Achim (2019).

⁴⁴ Ebd.

Literatur

- Abele, Corinne (2018):** Digitalisierung von Chinas Industrie läuft auf Hochtouren. In: GTAI – Germany Trade & Invest (16.03.2018). [Internetzugriff: 31.12.2019] URL: <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/suche,t=digitalisierung-von-chinas-industrie-laeuft-auf-hochtouren,did=1885420.html>.
- Andersen, Uwe (2003):** Soziale Marktwirtschaft. In: Woyke W./Andersen U. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2003, S. 559-568.
- Beschorner, Thomas/Meckel, Miriam/Steinacker, Léa (2019):** Systemwettbewerb. Kapitalismus geht auch ohne Demokratie. In: Zeit Online, 07.06.2019. [Internetzugriff: 31.12.2019] URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-04/systemwettbewerb-planwirtschaft-kapitalismus-ende-china-digitalisierung-kuenstliche-intelligenz/komplettansicht>.
- Busch, Ulrich (2017):** Digitaler Kapitalismus oder postkapitalistische Gesellschaft? Über Wirkungen und Grenzen der digitalen Revolution, Berliner Debatte Initial, 28 (3), S. 137-148.
- Digital Gipfel (2019):** Digitale Souveränität im Kontext plattformbasierter Ökosystem [Internetzugriff: 31.12.2019] URL: https://www.de.digital/DIGITAL/Redaktion/DE/Digital-Gipfel/Download/2019/p2-digitale-souveraenitaet-plattformbasierter-oekosysteme.pdf?__blob=publicationFile&v=4.
- Eisermann, Gottfried (1977):** Die Rolle der politischen Parteien im modernen Staat. In: W. Hennis/P. Graf Kielmansegg/ U. Matz (Hrsg.), Regierbarkeit Studien zu ihrer Problematisierung Band I, Stuttgart 1977, S. 61-79.
- Engels, Friedrich (1894):** Brief an W. Borgius. In: Marx/Engels, Werke (MEW), Bd. 39, Berlin (1968), S.205-207.
- Fukuyama, Francis (1989):** The End of History? In: The National Interest, Nr. 16 (Sommer 1989), S. 3-18.
- Fukuyama, Francis (2008):** They Can Only Go So Far. In: Washington Post, 24.08.2008 [Internetzugriff 30.12.2019] URL: <https://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2008/08/22/AR2008082202395.html>
- Franke, Siegfried (2017):** Die gefährdete Demokratie. Illiberale Demokratie – Populismus – Europaskepsis, Baden-Baden 2017, S. 13.
- Grundwald, Achim (2019):** Gretchenfrage 4.0. Wie hältst du´s mit der künstlichen Intelligenz? Technologiedebatten sind die neuen Systemdebatten. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 298/2019, 27.12.2019.

Herrmann, Ulrike (2017): Kein Kapitalismus ist auch keine Lösung, Bonn 2017.

Polanyi, Karl (1944): The Great Transformation: The Political and Economic Origins of our Time, Boston/MA (1944).

Prantl, Heribert (2019): Angst vor der Zukunft. Das Jahresendgefühl 2019 ist nicht wohlig, sondern bang: Es ist ein Gefühl diffuser Unsicherheit. Was kann man tun?, in: Süddeutsche Zeitung, 28./29. Dezember 2019 [Internetzugriff: 30.12.2019] URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/angst-zukunft-jahreswechsel-1.4737240>.

Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.

Rucht, Dieter (1994): Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt 1994.

Schäuble, Wolfgang (2019): Identität und Demokratie. Erst Teilnahme ermöglicht Teilhabe (Gastkommentar), in: taz am Wochenende, 28.12.2019.

Schumpeter, Joseph (2005): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 8. Auflage, Tübingen/Basel 2005.

Ther, Philipp (2019): Neoliberalismus, Illiberalismus und die Große Transformation nach Karl Polanyi, in: Ther, Philipp, Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation, Berlin 2019, S. 7-42.

Thielemann, Ulrich (2010): System Error. Warum der freie Markt zur Unfreiheit führt, Bonn 2010.

Thiery, Peter (1996): Moderne politische Theorie, in: M. Mols/H-J. Lauth/Ch. Wagner (Hrsg.), Politikwissenschaft: Eine Einführung, Paderborn 1996, S. 203-243.